

**Rede von Oberbürgermeister Norbert Bude, Mönchengladbach,
Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen und
Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages**

**anlässlich der Festveranstaltung zum
90. Stadtjubiläum der Stadt Bottrop
am 21. November 2009
in Bottrop, Kammermusiksaal des August-Everding-Kulturzentrums
Veranstaltungsbeginn: 17:00 Uhr
Redezeit: ca. 30 Minuten**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Kollege Tischler,
liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bottrop,
meine sehr geehrten Damen und Herren;

90 Jahre Stadtrechte für Bottrop sind ein Grund zum Feiern. Als Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages ist es mir eine große Freude, der Stadt Bottrop zu diesem Jubiläum herzlich zu gratulieren. Natürlich gilt mein Glückwunsch zu diesem Jubiläum auch und ganz besonders den Menschen, die in dieser Stadt leben und arbeiten. Ich bedanke mich sehr für die freundliche Einladung, den heutigen Festakt gemeinsam mit Ihnen hier begehen zu können.

Bottrop ist mit seinen 90 Jahren ja noch eine vergleichsweise junge Stadt. Ihre Stadt kann nicht auf eine ähnliche lange Geschichte zurückblicken wie viele andere Städte in diesem Land. Aber das hat auch seine Vorteile: An dieser Festveranstaltung nehmen heute einige Bürgerinnen und Bürger teil, die genauso alt sind wie ihre Stadt. Versuchen Sie das einmal in Köln.

Mein ganz besonderer Gruß gilt deshalb allen 90-Jährigen hier im Saal und auch den übrigen „Geburtstagskindern“.

Ebenso grüße ich auch all die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bottrop, die heute ausgezeichnet werden für ihr ehrenamtliches Engagement in sozialen Organisationen und im kulturellen Leben dieser Stadt oder für ihre langjährige Arbeit in der Kommunalpolitik. Es gibt kaum einen besseren Anlass als ein Stadtjubiläum, um Menschen zu würdigen, die sich in besonderer Weise um ihre Stadt verdient gemacht haben. Denn: Sie, meine Damen und Herren, prägen durch Ihr freiwilliges Engagement das Profil und den Charakter Bottrops.

Was macht eigentlich eine Stadt aus?

Wenn man ein Stadtjubiläum begeht, lohnt es sich, der Frage nachzugehen, was eigentlich eine „Stadt“ ausmacht. Sicher ist: Eine Stadt, wie wir sie in Deutschland verstehen, ist mehr als bloß eine Ansammlung von Häusern und Menschen.

Der Begriff, der unser Verständnis von der Stadt als sozialer Organisationsform am treffendsten beschreibt, ist der Begriff der Integration. Über Jahrhunderte hinweg sind Menschen in unsere Städte gezogen – zunächst vor allem aus ländlichen Regionen Deutschlands, später auch aus dem Ausland. Das gilt auch und gerade für die Städte des Ruhrgebietes und damit auch für die Stadt Bottrop: Im Jahr 1860 lebten hier kaum 4000 Menschen. Dann – mit der Abteufung des ersten Schachtes Prosper I – begann eine wahre Bevölkerungsexplosion. Im Jahr 1890 lebten schon mehr als 12.000 Menschen in Bottrop. 20 Jahre später waren es viermal so viele: fast 48.000. Und von 1910 bis 1915 wuchs die Stadt um weitere 25.000 Menschen auf mehr als 70.000 Einwohner.

So unterschiedlich die individuellen Motive jedes einzelnen Zuzüglers auch gewesen sein mögen: Die meisten kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. In der Hoffnung, die gesellschaftliche Enge ihrer Herkunftsorte hinter sich zu lassen. In der Hoffnung, in den Städten eine bessere wirtschaftliche Zukunft zu finden.

Ob all diese Hoffnungen wirklich erfüllt wurden, kann ich nicht beantworten. Wer Schilderungen aus den schnell wachsenden Industriestädten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts kennt, kann sich die Begleiterscheinungen eines solchen Wachstums aber leicht vorstellen: Dreck und Lärm der Industriebetriebe, schlimme Wohnverhältnisse, harte Arbeit unter Tage und in den Fabriken.

Für die Stadtgesellschaften selbst bedeutete das explosionsartige Bevölkerungswachstum zwangsläufig: Sie mussten für immer mehr Menschen die erforderliche soziale und technische Infrastruktur schaffen, vor allem Wohnraum. Noch wichtiger: Die Städte mussten einen laufenden Verständigungs- und Ausgleichsprozess organisieren zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen, zwischen Reichen und Armen, zwischen Menschen mit ganz unterschiedlichem kulturellen und sozialen Hintergrund. Das ist bis heute so geblieben. Das Neben- und Miteinander von ganz verschiedenen Menschen, die soziale und kulturelle Vielfalt ist das wohl prägendste Merkmal unserer Städte.

Aber noch in einer weiteren Hinsicht sind unsere Stadtgesellschaften gekennzeichnet von der Notwendigkeit, zum Teil widerstreitende Interessen und Lebensbereiche miteinander in Einklang zu bringen. Auch das wird anhand der Geschichte von Bottrop und des gesamten Ruhrgebiets deutlich: Einerseits war das Wachstum der Industrie die zwingende Voraussetzung für die Entwicklung der Städte. Andererseits beeinträchtigten die von denselben Industriebetrieben ausgehenden Umweltbelastungen die Lebensbedingungen für die Menschen in einem Ausmaß, das für uns heute gar nicht mehr vorstellbar ist.

Noch heute gehört es zu den wichtigsten Aufgaben unserer Städte, gute Rahmenbedingungen für Industrie, Handel und Dienstleistungen zu schaffen, die Stadt als Standort der Wirtschaft, der Bildung und der Wissenschaft voranzubringen und gleichzeitig die Wohn- und Lebensbedingungen für die Einwohnerinnen und Einwohner stetig zu verbessern.

Dieses Nebeneinander von Industrie und Handel, Wohnen und Lernen, Kultur und Freizeit macht unsere Städte zum wichtigsten Motor für die ständige Modernisierung unseres Landes. Sie sind gleichermaßen Labor und Bühne für gesellschaftliche, politische, kulturelle und technische Innovationen.

Alle gesellschaftlichen Entwicklungen treffen zuerst und am unmittelbarsten unsere Städte. Deshalb gilt bei allen Herausforderungen, vor denen unser Land steht: Dieses Land wird mit und in den Städten modernisiert – oder es wird gar nicht modernisiert.

Meine Damen und Herren,

die herausragende Bedeutung unserer Städte für die Entwicklung unserer Gesellschaft gründet ganz wesentlich in der besonderen Rechtsstellung der Städte, Kreise und Gemeinden in unserem Land: Das Grundgesetz garantiert den deutschen Städten das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Unsere Kommunen haben das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbst zu regeln. Die Wurzeln dieses Rechts auf städtische Selbstverwaltung liegt im Preußen des frühen 19. Jahrhunderts, genauer gesagt in den Stein-Hardenbergschen Reformen des Jahres 1808.

Die Idee hinter dieser großen Reform war einleuchtend: Preußen lag nach vernichtenden Niederlagen im Krieg gegen Napoleon völlig am Boden. Freiherr vom Stein verfolgte mit seiner Reform das Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern eine wirksame Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesen zu ermöglichen. Dadurch sollte neue wirtschaftliche Dynamik entwickelt und der vorher zentralistische Staat entlastet werden.

Als Ergebnis dieser Reformen sind die deutschen Städte und Gemeinden nicht bloß Befehlsempfänger der übergeordneten staatlichen Ebenen; sie sind nicht nur ausführende Verwaltung.

Es ist kein Wunder, dass sich kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert auch Bottrop bemühte, als Stadt anerkannt zu werden. Schließlich boten sich Städten doch weitaus größere Selbstverwaltungsrechte, als das unter der sehr restriktiven Landgemeindeordnung der Fall war.

Heute erbringen die Städte einen Großteil der Leistungen, die für das alltägliche Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger und für die lokale Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind – denken sie etwa an Kindergärten, den öffentlichen Nahverkehr und ein leistungsfähiges Straßennetz in den Städten, denken Sie an Ver- und Entsorgung, denken Sie auch an Theater und Konzerthäuser, denken Sie an Schwimmbäder und Spielplätze.

Darüber hinaus aber sind unsere Städte aufgrund ihres Selbstverwaltungsrechts Schauplatz einer örtlichen Demokratie, um die uns viele unserer europäischen Nachbarn beneiden. Die Städte bieten eine Plattform für politische Mitbestimmung und gesellschaftliche Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger. In einem demokratischen und sozialen Gemeinwesen wie der Bundesrepublik Deutschland kommt den Städten damit eine Schlüsselrolle zu für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Belangen der Allgemeinheit, eine Schlüsselrolle für soziale Stabilität und damit für die Identifikation der Menschen mit unserem Gemeinwesen als Ganzem.

Kurz gefasst lässt sich sagen: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen.“

Zur Lage der kommunalen Selbstverwaltung

Meine Damen und Herren,

wenn wir die kommunale Selbstverwaltung, wenn wir die Städte als Garanten für hochwertige öffentliche Leistungen und für die umfassende Beteiligung der Menschen an den Angelegenheiten ihres lokalen Umfeldes bezeichnen, müssen wir uns an dieser Stelle fragen:

Wie ist es eigentlich derzeit um die kommunale Selbstverwaltung bestellt? Leider müssen wir feststellen: Die Lage der Städte ist so ernst wie schon lange nicht mehr.

Die Steuereinnahmen aller öffentlichen Ebenen, und damit auch die der Städte, brechen in dramatischer Weise ein. Gleichzeitig erwarten die Städte eine wachsende Belastung mit sozialen Ausgaben. In diesem Jahr wird der kommunale Finanzierungssaldo – die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben aller Kommunen in Deutschland – dramatisch einbrechen. Und die Aussichten für die Jahre 2010 und folgende sind niederschmetternd: Wir rechnen über mehrere Jahre hinweg sogar mit Defiziten in zweistelliger Milliardenhöhe.

Das wohl deutlichste Alarmzeichen für die äußerst angespannte Finanzlage der Kommunen ist die Entwicklung der sogenannten Kassenkredite. Diese Kredite belaufen sich mittlerweile auf beinahe 33 Milliarden Euro – ein Großteil davon entfällt auf die Städte in Nordrhein-Westfalen. Diese Kassenkredite sind eigentlich nur dafür vorgesehen, kurzfristige Engpässe zu überbrücken. Immer mehr Städte müssen mit diesen Krediten aber dauerhaft ihre laufenden Ausgaben finanzieren. Das ist genauso, als würde ein privater Haushalt über Jahre hinweg einen immer höheren Dispo-Kredit aufnehmen müssen, um seine Miete zu bezahlen.

Der atemberaubende Anstieg der Kassenkredite macht zweierlei deutlich:

Erstens: Selbst in finanziell vergleichsweise guten Jahren profitieren viele Städte nicht vom Aufschwung und können somit gar nicht daran denken, Schulden abzubauen oder dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Die Schere zwischen armen und vergleichsweise wohlhabenden Städten öffnet sich immer weiter.

Zweitens: Die Städte in unserem Land sind seit vielen Jahren hoffnungslos unterfinanziert. Wenn im Land Nordrhein-Westfalen kaum noch jede zehnte Kommune einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann, zeigt das mehr als deutlich: Die Kommunen verfügen strukturell nicht über eine Finanzausstattung, die sie dazu in die Lage versetzen würde, ihre Aufgaben verlässlich zu erfüllen.

Es wird immer wieder behauptet, die Städte hätten sich in den vergangenen Jahren nicht darum bemüht, ihre Ausgaben in den Griff zu bekommen. Gerade für die Städte im Ruhrgebiet, die seit 20 Jahren einen Sparhaushalt nach dem anderen aufgelegt haben, muss so ein Vorwurf wie blanker Hohn klingen.

Deshalb wird der Deutsche Städtetag nicht müde, zu fordern: Wer die kommunale Selbstverwaltung wirklich lebendig halten will, muss die Kommunalfinanzen dauerhaft auf eine solide Grundlage stellen. Bund und Länder müssen aufhören, den Städten immer neue Aufgaben vor allem im sozialen Bereich aufzuerlegen, ohne deren Kostenfolgen zu berücksichtigen. Und wir appellieren an den Bund, die Basis der städtischen Steuereinnahmen in diesen so schwierigen Zeiten nicht zu schwächen. Um es ganz klar zu sagen: Der Städtetag hat sich nie grundsätzlich gegen Steuer-senkungen ausgesprochen. Aber vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage aller öffentlichen Ebenen würden wir schon gerne wissen, wie die Städte weitere Einnahmeausfälle verkraften sollen, ohne dass die Zuverlässigkeit und Qualität der Leistungen der Städte für ihre Bürgerinnen und Bürger ernsthaft gefährdet werden. Und ich sage auch: Hände weg von der Gewerbesteuer. Sie ist unverzichtbar.

Die Städte stehen vor gewaltigen Herausforderungen

Es bleibt festzuhalten: Die kommunale Selbstverwaltung ist angesichts der katastrophalen Finanzlage unserer Städte ernststen Gefahren ausgesetzt. Und das in einer Zeit, in der die Städte vor immer größeren Aufgaben stehen.

Welche Aufgaben sind das?

Ich will nur einige Beispiele nennen:

Eins der wichtigsten Themen für die Zukunft unserer Gesellschaft ist der **Ausbau der Kinderbetreuung**. Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und Eltern den Wieder-Einstieg ins Erwerbsleben erleichtern. Noch wichtiger aber: Der Schlüssel für die dringend notwendigen Verbesserungen in unserem Bildungswesen liegt in einer besseren frühkindlichen Bildung. Gerade für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder aus sogenannten „bildungsfernen Schichten“ bedeuten der Ausbau und die qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung einen großen Zuwachs an persönlichen Bildungschancen.

„Keine Aufgabe ist so wichtig, dass sie sich von selbst finanziert.“ Dieser Ausspruch des ehemaligen Städtetags-Präsidenten und Oberbürgermeisters von Stuttgart, Manfred Rommel, trifft auch auf den Ausbau der Kinderbetreuung zu. Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen und auch bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Derzeit liegt die Betreuungsquote in Nordrhein-Westfalen bei den Unter-Dreijährigen bei knapp 12 Prozent – immerhin eine Steigerung um fast ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr. Aber: Bis zu dem von Bund und Ländern beschlossenen Ausbauziel von 35 Prozent ist es noch ein weiter Weg. Die Städte sind deshalb zwingend darauf angewiesen, dass Bund und Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und sich im erforderlichen Maß an den Ausbaurkosten beteiligen.

Ein weiteres Handlungsfeld, das die Städte seit Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – beschäftigt und in Zukunft weiter beschäftigen wird, ist die **Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**. Warum Integration wichtig ist, liegt auf der Hand: Gelingende Integration ist die Voraussetzung für sozialen Frieden, für die Teilhabechancen von Zuwanderern im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt und damit auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Wir können es uns weder in sozialer, noch in moralischer, noch in wirtschaftlicher Hinsicht erlauben, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund aus dieser Gesellschaft ausgeschlossen fühlen und keinen Anschluss an Bildung und Beruf finden.

Das gilt im Übrigen genauso für Menschen aus sozial schwachen Familien ohne Migrationshintergrund. Integration findet in den Städten statt.

Nicht umsonst lautete das Motto der Hauptversammlung 2007 des Deutschen Städtetages „Städte schaffen Integration“. Auch hier müssen Bund und Länder aktiv mithelfen und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Integration in unseren Städten wirklich gelingen kann. Mit dem Nationalen Integrationsplan haben Bund, Länder und Kommunen dafür eine gute Basis gelegt.

Ein besonderes Augenmerk werden wir alle in Zukunft dem Thema **Klimaschutz** widmen müssen. Schon jetzt leben 50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten, Tendenz stark steigend. Deshalb – und auch, weil die Städte ganz besonders von den Folgen des Klimawandels bedroht sein werden – kommt den Städten weltweit eine Vorreiterrolle beim Thema Nachhaltigkeit zu. Sie haben eine Vorreiterrolle bei der Verringerung des Ressourcenverbrauchs und des Ausstoßes von Treibhausgasen, bei der Entwicklung von nachhaltigen Wohnformen und Verkehrskonzepten.

Schließlich stehen wir vor der Herkulesaufgabe, mit den Folgen **des demografischen Wandels** umzugehen. Sicher, einige Ballungszentren werden auch in den kommenden Jahren aufgrund ihrer wirtschaftlichen Dynamik weiter wachsen. Andere Regionen – und dazu gehört auch das Ruhrgebiet – werden sich aber eher auf Bevölkerungsrückgang und eine alternde Bevölkerung einstellen müssen. Ich glaube, vielen ist noch gar nicht klar, wie grundlegend dieser demografische Wandel sämtliche Bereiche städtischen Lebens verändern wird. Der Bedarf an Schulen sinkt, dafür steigt der Bedarf an altengerechtem Wohnraum. Ältere Menschen stellen an die Verkehrsinfrastruktur völlig andere Anforderungen als junge. Was tun wir bei schrumpfender Bevölkerung mit nicht mehr benötigtem Wohnraum oder einer überdimensionierten Infrastruktur?

Die Liste ließe sich beliebig verlängern: vom Thema Bildung über die städtische Kulturpolitik bis hin zu den vielfältigen sozialen Aufgaben der Städte – Hilfen für Langzeitarbeitslose, Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe und vieles andere mehr.

Voraussetzungen zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben

Sie sehen: Die Städte spielen eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der großen Aufgaben unserer Zeit. Angesichts dieser Aufgaben ist kluge und umsichtige Kommunalpolitik gefordert. Damit Kommunalpolitik aber überhaupt klug und umsichtig handeln kann, benötigt sie zwingend die erforderlichen Handlungsspielräume.

Um es klar zu sagen: Ohne ausreichende Finanzmittel verkommt die kommunale Selbstverwaltung zu einer leeren Formel. Den Städten drohen Handlungsunfähigkeit und Fremdbestimmung. Gerade in Krisenzeiten wäre es aber fatal, wenn die Städte nicht in der Lage wären, ihre ganz besonderen Fähigkeiten und ihre Bürgernähe einzubringen könnten, damit unser Land für die Zukunft gestärkt wird.

Wir sind uns darüber im Klaren: Es wird uns nicht helfen, einfach eine bessere Finanzausstattung der Städte zu fordern. Nein: Wir sind im Deutschen Städtetag der Auffassung, dass es darüber hinaus von ganz entscheidender Bedeutung sein wird, intelligente Lösungen für die Bewältigung unserer gemeinsamen Aufgaben zu finden.

Ein Schlüsselbegriff dafür lautet: Kooperation.

Intelligente Kooperation der staatlichen Ebenen

Zum einen brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Keine der großen Aufgaben unserer Zeit kann von einer staatlichen Ebene allein bewältigt werden. Jede Ebene muss ihre eigenen, ganz besonderen Fähigkeiten und Stärken zielgerichtet einbringen. Unglücklicherweise hat die Föderalismusreform solche Formen der Zusammenarbeit eher erschwert als dass sie sie erleichtert hätte.

Neue Formen der Kooperation beziehen sich aber nicht allein auf die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen in unserem Staat. Große Potenziale schlummern auch in der sogenannten interkommunalen Kooperation, also in der Zusammenarbeit über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg.

Einerseits können kommunale Leistungen durch intelligente Arbeitsteilung und Zusammenarbeit mehrerer Kommunen wesentlich besser und wirtschaftlicher erbracht werden, als wenn jede Stadt jede Leistung selbst erbringt.

Andererseits müssen wir unter dem Eindruck der europäischen Integration und der Globalisierung erkennen, dass es für einzelne Städte in Deutschland – selbst für die ganz großen – immer schwieriger wird, sich im internationalen Standortwettbewerb zu behaupten oder auch nur hinreichend wahrgenommen zu werden. Es kann für alle Beteiligten nur von Vorteil sein, stärker in regionalen Bezügen zu denken. Es ist immer noch besser, gemeinsam für eine Region als Standort zu werben und auch einmal hinzunehmen, dass sich ein Unternehmen in der Nachbarstadt – aber immerhin noch in der eigenen Region niederlässt – als dass die Städte weiterhin vor allem auf eigene Faust arbeiten und am Ende die gesamte Region leer ausgeht.

Ich will deshalb alle Verantwortlichen in unseren Städten und Gemeinden ermutigen, entschlossen für eine engere Kooperation untereinander einzutreten. Engstirnige Kirchturmpolitik sollte wirklich der Vergangenheit angehören. Dass Essen gemeinsam mit dem gesamten Ruhrgebiet im kommenden Jahr Europäische Kulturhauptstadt sein wird, halte ich in diesem Sinne für ein wirklich richtungsweisendes Signal.

Kooperation mit der Wirtschaft

Ein weiteres Feld, in dem nach meiner Auffassung große Möglichkeiten für die Stadtpolitik der Zukunft liegen, ist die verstärkte Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft. Ich will es vorweg sagen: Öffentlich-Private Partnerschaften sind mit Sicherheit kein Allheilmittel gegen die kommunale Finanznot und sollten in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft werden. Sie können aber ein sinnvolles Instrument sein, um in den Städten zentrale Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Ich glaube, wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass künftig alles, was wünschenswert ist, allein aus Mitteln der öffentlichen Hand bezahlt werden kann.

Deshalb gilt es zum einen, unternehmerische Entscheidungen von Investoren so zu befördern, dass sie einen Beitrag zu den stadtentwicklungspolitischen Zielen der Stadt leisten. Zum anderen gilt es ein Klima in der Stadt zu schaffen, in dem sich auch die ansässigen Unternehmen als Teil der Stadtgesellschaft verstehen und im Wege des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen ihren Beitrag zur Entwicklung „ihrer Stadt“ leisten.

Bürgerschaftliches Engagement

Meine Damen und Herren,

schließlich möchte ich nicht vergessen, auf eine für unsere Städte ausgesprochen wichtige Form der Kooperation hinzuweisen. Ich meine damit die Kooperation zwischen der Stadt und der Zivilgesellschaft: mit Kirchen und Verbänden, Vereinen und Initiativen, mit Stiftungen und engagierten Einzelpersonen. Ich habe großen Respekt vor all jenen Menschen, die mit ihrem ganz persönlichen Engagement unsere Städte und das Leben in unseren Städten bereichern.

Ich bin davon überzeugt: Die Städte sollten das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nach Kräften fördern und unterstützen. Um einem häufigen Missverständnis vorzubeugen: Es geht dabei nicht darum, die Bürgerinnen und Bürger als Ausfallbürge dafür in Anspruch zu nehmen, dass die Kommunen so manche gewohnte Leistung infolge der angespannten Finanzsituation künftig nicht mehr erbringen können.

Nein, es ist mir wichtig zu betonen, dass ich bürgerschaftliches Engagement für einen unschätzbaren Wert an sich halte: Denn bürgerschaftliches Engagement nutzt den Menschen, für die sich ehrenamtlich Engagierte einsetzen. Es nutzt den Engagierten selbst, die in vielerlei Hinsicht Zufriedenheit aus ihrem Engagement gewinnen. Und nicht zuletzt bereichert es das Leben vor Ort: Durch den ehrenamtlichen Einsatz vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger können die Rahmenbedingungen vieler Leistungen in den Städten verbessert werden; manche zusätzlichen Angebote werden durch ehrenamtliches Engagement erst möglich.

Für unsere Städte gilt es, das Bedürfnis der Bürger nach Beteiligung und Mitgestaltung ernst zu nehmen und zu stärken. Dann wird auch das gestärkt, was zugleich Voraussetzung und Ergebnis einer lebendigen kommunalen Selbstverwaltung ist: Ich meine die Identifikation der Menschen mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, mit „ihrer“ Stadt oder mit „ihrer“ Gemeinde.

Meine Damen und Herren,

handlungsfähige, lebenswerte, vielfältige und tolerante Städte sind Garanten für eine gute Zukunft unseres Landes. Ich möchte Sie alle ermutigen, nach Kräften dazu beizutragen, dass unsere Städte insgesamt einer guten Zukunft entgegengehen und dass Ihre Stadt Bottrop lebenswert bleibt und noch lebenswerter wird.

Gleich wird Herr Oberbürgermeister Tischler Frauen und Männer ehren, die sich mit ihrem ehrenamtlichen Engagement und in der Kommunalpolitik hier in Bottrop besonders um das Gemeinwohl verdient gemacht haben. Ich möchte diesen Menschen schon jetzt meinen großen Respekt und meinen Dank aussprechen. Machen Sie weiter so, lassen Sie sich auch von Rückschlägen oder Enttäuschungen nicht entmutigen. Ich weiß selbst nur zu genau: ehrenamtliches Engagement kann sehr anstrengend sein. Und Kommunalpolitik macht auch nicht immer nur Spaß – schon gar nicht in Zeiten, in denen es kaum noch um aktive Gestaltung geht, sondern vor allem darum, wo denn nun noch ein bisschen mehr gespart werden könnte.

Ich sagte es eingangs: Ohne Städte ist kein Staat zu machen. Wenn das stimmt, dann gilt umso mehr: Ohne engagierte Menschen sind Städte nicht zu machen. Deshalb würde ich mir wünschen, dass sich noch mehr Menschen in unserer Gesellschaft engagieren, dass sie sich einmischen in die Angelegenheiten ihrer Städte.

Denn die Angelegenheiten ihrer Städte sind ihre eigenen Angelegenheiten.

Ich danke Ihnen.